

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR
KOMMUNALPOLITIK

DEMO 09/10 2018
32 Seiten in
der Heftmitte

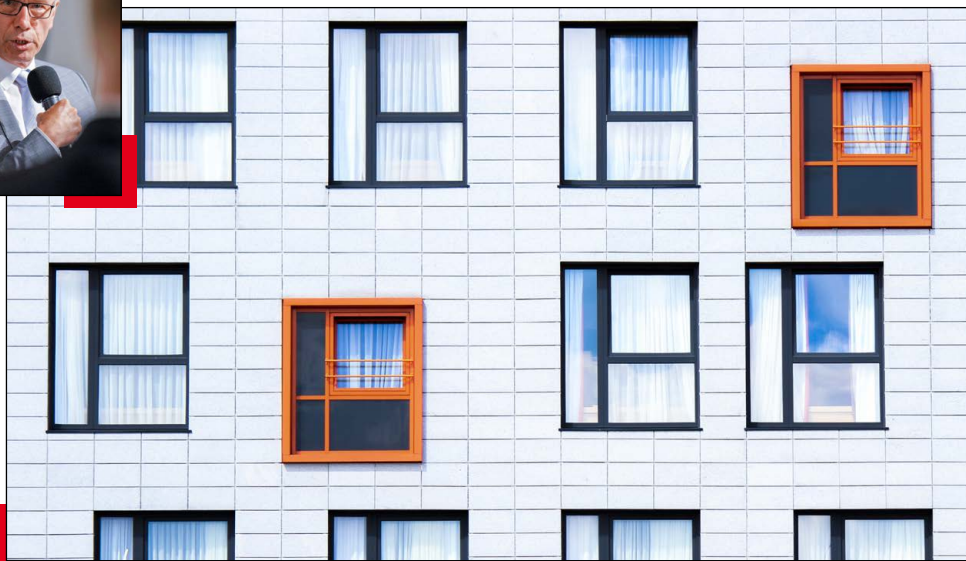


Älter werden in den Kommunen
Gute Aussichten

Ein Wohngipfel gegen die neuen Stadtmauern



Von **Bernhard Daldrup MdB**, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Politik für ein solidarisches Land muss preiswerten Wohnraum schaffen und Mietwucher eindämmen. Bezahlbare Mieten und verfügbarer Wohnraum sind zentrale Herausforderungen. Wer ein normales Einkommen hat, kann sich Quadratmeterpreise von zehn Euro nicht leisten. Schon weniger bedeutet für viele eine große Anstrengung. Zur Umsetzung des Koalitionsvertrages war der Wohngipfel notwendig. Außerdem hat die SPD mit ihrem 12 Punkte Plan klar gemacht, was sie vom Wohngipfel erwartet und dass sie weitergehende Vorstellungen für eine fortschrittliche Wohnungspolitik hat. Schutz von Mieterinnen und Mietern, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Bekämpfung von Spekulation und Mietwucher – das ist für uns eine gesellschaftspolitische Aufgabe: galoppierende Mieten dürfen nicht zu neuen Stadtmauern führen, Eigentumsbildung kein Privileg für die obersten Einkommen werden. Der Markt allein schafft es nicht – das wissen wir schon lange. Sozialer Sprengstoff entsteht, wenn der Staat nicht eingreift.

In dieser Legislaturperiode stellen wir allein für den sozialen Wohnungsbau, das Baukindergeld, das Wohngeld und die auf Rekordniveau fortgeführte Städtebauförderung mehr als 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Mehr Geld gab es in einem vergleichbaren Zeitraum nie. Das hilft, zweifellos. Investitionen allein reichen aber nicht. Deshalb ging der Wohngipfel darüber hinaus. Beispielsweise haben wir einen verbesserten Mieterschutz, den Einstieg in das Bestellerprinzip bei Maklergebühren beim Kauf und die Verlängerung des Betrachtungszeitraumes von 4 auf 6 Jahre beim Mietspiegel durchgesetzt. Wir arbeiten hart daran, den ungerechtfertigten Mietpreisanstieg zu verhindern und neuen Wohnraum zu schaffen. Und wir tun das gegen teils enorme Widerstände – auch von Teilen unseres Koalitionspartners. Privat vor Staat war gestern. Und heute erkennen selbst Konservative die Folgen. Der Staat wird seine Verantwortung wieder klarer wahrnehmen.

Wir drängen darauf, dass die vereinbarten Maßnahmen aus dem

Wohngipfel zügig umgesetzt werden. Alle Akteure stehen in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten – das gilt besonders für den Bundesbauminister. Im Bauausschuss des Deutschen Bundetages haben wir auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion beschlossen, eine vierteljährliche Berichterstattung zu erhalten. Controlling im besten Sinne, also Steuerung und Kontrolle, damit es vorwärts geht.

Leider gibt es einige schwarz-gelbe und schwarz-grüne Bundesländer, die jeden Millimeter Fortschritt in Richtung Mieterschutz kategorisch ablehnen: In Nordrhein-Westfalen lässt die Landesregierung die befristete Kappungsgrenzenverordnung, Mietpreisbegrenzungsordnung, Kündigungssperrfristverordnung und Umwandlungsverordnung einfach auslaufen und konterkariert damit die Erfolge des Bundes auf dem Rücken von rund zehn Millionen Menschen in den 4,5 Millionen Mietwohnungen.

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesen Tagen ist es schon erstaunlich, mit welcher Wucht die für Kommunen relevanten Themen in der öffentlichen Diskussion ankommen.

Vor allem die Abgas- und Dieselpolitik sowie der Bereich Wohnen sind beispielhaft zu nennen. Einerseits ist es gut, dass diese Fragestellungen mehr Aufmerksamkeit bekommen, betreffen sie doch die Städte und Gemeinden unmittelbar. Andererseits – und das finde ich sehr bedenklich, werden die Auswirkungen auf die Kommunen weitgehend ausgeblendet. Betrachten wir nur einmal die Ergebnisse des sogenannten Dieselpfahls:

So gut es ist, dass Kommunen bei der Nachrüstung ihrer Fahrzeugflotten unterstützt werden, umso weltfremder sind dann aber Vorstellungen, dass die Verkehrsüberwachungsbehörden mithilfe der Daten des Zentralen Fahrzeugregisters die Einhaltung der Verkehrsbeschränkungen überprüfen. Einfacher wäre hier eine schlichte blaue Plakette. Die Verantwortung für die Durchsetzung von Fahrverboten wird wieder einmal auf die Kommunen abgeschoben. Die Kriterien für Nachrü-

tungen von Pkw oder die Auswahl der Kommunen, die in den Genuss der Unterstützung kommen, sind weder transparent noch nachvollziehbar. Aus meiner Sicht sind die Vereinbarungen ein wahres Bürokratieungeheuer. Davon, dass sich die Politik womöglich den Autofirmen unterwirft, möchte ich gar nicht erst anfangen...



Foto: Stadt Gelsenkirchen | Carin Moritz

So sieht es beim Thema Wohnen aus kommunaler Perspektive deutlich besser aus. Immerhin sind im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wirkungsvolle Regelungen verabredet. Jedoch führen wir die öffentliche Debatte hierzu verkürzt. Mindestens ebenso wichtig wie das Thema be-

zahlbare Mieten ist vor allem in den Ballungsräumen auch die Frage eines qualitativen Standards von Wohnraum. Und so bitter es ist: Wollen wir die sozialdemokratische Handschrift in der Wohnungs(markt)politik erkennbar machen, dann brauchen wir nicht nur weit mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau, sondern wir müssen endlich an Tempo und Wirksamkeit zulegen.

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt
Gelsenkirchen

Unser Europa – Solidarisch und Demokratisch

Von **Birgit Sippel**, Mitglied des Europäischen Parlamentes

Häufig wird die Europäische Union einseitig auf den Binnenmarkt reduziert. Doch Basis allen Handelns ist die EU als Wertegemeinschaft. Dazu gehört auch die Handlungsfähigkeit der Regionen und Kommunen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt von der Basis aus zu organisieren. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in Zukunft erfolgreich zu gestalten bedeutet, gemeinsame Werte zu verteidigen, den Binnenmarkt um eine starke soziale Säule zu ergänzen, öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern und zu fördern. Einige konkrete Punkte in aller Kürze:

Gute Arbeit. Gerade in Deutschland sollten die hohen Exportgewinne genutzt werden, um in faire Löhne und damit auch in die Steigerung der Binnennachfrage zu investieren. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass zu uns entsandte Beschäftigte zum Sozialdumping missbraucht werden.

Im Europäischen Parlament haben wir uns beharrlich dafür eingesetzt, die Entsenderichtlinie zu überarbeiten. Im Mai 2018 verabschiedete das Europäische Parlament nun neue Vorschriften, die von allen Mitgliedstaaten bis 2020 umgesetzt werden müssen.



Damit wird endlich das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt.

Daneben ist gerade der Start ins Berufsleben wichtig! Seit 2014 wird die Jugendgarantie in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Jugendarbeitslosigkeit umgesetzt. 17,6 Millionen junge Bürger konnten bereits von dem Programm profitieren. Dieses muss fortgeführt und weiter ausgebaut werden.

Herausforderung Digitalisierung. Gemeinsam mit der NRWSPD setzen wir uns ein für eine EU-weite sozial- und arbeitsrechtliche Regulierung der sogenannten Plattformökonomie. Unternehmen wie Uber, Deliveroo und Co. müssen ihre Arbeitgeberrolle endlich anerkennen und den sich

daraus ergebenden Aufgaben gerecht werden.

Fairer Wettbewerb im Binnenmarkt. Eine bessere Koordinierung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Fiskalpolitiken ist notwendig, um wirtschaftliche Perspektiven überall zu schützen bzw. zu stärken und Armutsveränderungen innerhalb unserer Union zu vorzuziehen.

Ohne Steuereinnahmen können öffentliche Daseinsfürsorge, funktionierende Infrastrukturen, Schulen oder Krankenhäuser nicht finanziert und erhalten werden. Dazu müssen alle beitragen, insbesondere auch die großen Konzerne. Wir treten daher für das Prinzip „Gewinne dort versteuern, wo Geld verdient wird“ ein. Neben der Digitalsteuer for-

dern wir zudem eine umfangreiche Finanztransaktionssteuer.

Verantwortung für Flüchtlinge und Zuwanderer. Ihre Aufnahme und Integration muss im Interesse aller Menschen vor Ort organisiert werden. Dazu müssen nationale und europäische Mittel intelligent genutzt werden. Zugleich ist eine stärkere Unterstützung des Flüchtlingshilfswerks UNHCR und die Etablierung von Partnerschaften auf Augenhöhe mit Herkunftsländern unerlässlich. Dazu müssen die Handels-, Agrar- und Entwicklungspolitiken mit den Herkunftsländern immer

auch die wirtschaftlichen und demokratischen Strukturen in Partnerländern stärken.

Demokratie braucht eine robuste Zivilgesellschaft. Andere Kulturen und Menschen kennenlernen, sich austauschen, gemeinsam nach Lösungen suchen - hierfür wollen wir die bestehenden ERASMUSplus Programme ebenso stärken wie die Städtepartnerschaften. Diese Programme durch Eigenmittel der jeweiligen Mitgliedstaaten zusätzlich zu unterstützen, wäre ein gutes Signal für gemeinsames Handeln in der Europäischen Union.



Vertrauen bilden, Partnerschaft stärken Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Von **Dirk Wiese**, Mitglied des Deutschen Bundestages

Lokale Initiativen aus der Zivilgesellschaft sind oftmals der Anstoß, um sich über Grenzen hinaus auszutauschen und Begegnungen möglich zu machen. Als Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft sehe ich täglich, dass es in vielen Bereichen einen regen Austausch gibt. Das Programm der Bundesregierung zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft ermöglicht zivilgesellschaftlichen Organisationen und den in ihnen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, ihre Rolle als zentrale Akteure staatlichen Handelns wahrzunehmen. So können die andauernden Transformationsprozesse in der Region unterstützt werden. Aktuell fördert das Auswärtige Amt entsprechende

Initiativen und Projektideen mit 17 Millionen Euro jährlich.

Im September haben wir im Auswärtigen Amt das deutsch-russische Jahr der Regional- und Städtepartnerschaft in Anwesenheit von Heiko Maas und Sergej Lawrow feierlich abgeschlossen. Die Themen der Kooperationen reichten von Umweltschutz und Nachhaltigkeit bis zu sozialen Fragen. Der zwischengesellschaftliche Austausch wurde bereits zu Zeiten des Kalten Krieges mit der sozialdemokratischen Ost- und Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr angestoßen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es lang bestehende und gewachsene Städtepartnerschaften, besonders von deutscher und russischer Seite: Hagen und Smolensk, Lünen und Taganrog oder Dort-

mund und Rostow am Don. Auch neue Kooperationsformen kündigen sich an: 2019 finden die internationalen Hansestage der Neuzeit im russischen Pleskau und 2020 mit 12 russischen Delegationen in meiner Heimatstadt Brilon im Sauerland statt. Diese lokalen Initiativen sind das Fundament konstruktive und vertrauensvolle Kanäle des Dialogs auch in schwierigeren Zeiten auszubauen. Nur so können notwendige Transformations- und interne Integrationsprozesse unterstützt werden. Dies schließt die gesamte Bandbreite kultureller und bildungspolitischer Projektarbeit ein. Der deutsch-russische Austausch, der deutsch-russische Jugendaustausch oder das internationale Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund und Minsk leisten im Bereich der Jugendbegegnungen und der Erinnerungsarbeit offen und solida-

risch hervorragende Arbeit. Sie engagieren sich im Bereich Soziales und Bildung, Medien und Demokratie, bürgerschaftliches Engagement sowie Menschen- und Bürgerrechte.

Oft stellen wir aber fest, dass die jüngere Generation nicht zuerst in Richtung unserer östlichen Partnerländer blickt. Hier müssen wir mehr investieren. Der diesjährige Petersburger Dialog „Vertrauen bilden, Partnerschaft stärken: Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland als Impuls für den zwischenstaatlichen Dialog“ macht dies deutlich. Für das Jahr 2019 gibt es so gute Möglichkeiten auf der jungen, zivilgesellschaftlichen Ebene zusammenzuarbeiten: das deutsch-russische Kreuzjahr der Hochschul-



und Wissenschaftskooperation. Gerade in einer Zeit, in denen die deutsch-russischen Beziehungen nicht einfach sind, ist es umso wichtiger, die jüngere Generation zusammenzubringen. Hier sollte die Jugend von Visa-Liberalisierungen profitieren. Schon Willy Brandt sagte: „Der beste Weg die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten.“

Weitere Informationen unter:



Fortsetzung von Seite 1

Ein Wohngipfel gegen die neuen Stadtmauern

Die Laschet-Regierung versagt. Wer im Bund regiert und gleichzeitig im Land den gesamten landesrechtlichen Mieterschutz abschafft, spielt falsch. Auch die Zahl der geförderten Wohnungen ging 2017 zurück: Wurden 2016 zum Ende der rot-grünen Landesregierung noch 9.301 Sozialmietwohnungen gefördert, sank die Zahl 2017 auf 7.230.

WOFÜR WIR WEITER KÄMPFEN

Mietenstopp

Selbst Redner der CDU im Bundestag erkannten, dass es in überhitzten Märkten sinnvoll sein kann, wenn der Staat zu ungewöhnlichen Maßnahmen greift. Um die Preisspirale bei den Bestandsmieten zu unterbrechen, forderte die SPD einen Mietenstopp: Nur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt sollen Bestandsmieten und Mieten bei Neuvermietungen für 5 Jahre bis zur Höhe der Inflationsrate steigen dürfen.

Eigenbedarfskündigung erschweren

Wer eine Wohnung hat, muss auch darüber verfügen dürfen. Aber: Bei den Kündigungen wegen Eigenbedarfs gibt es häufig

Missbrauch. Kurzfristiger Eigenbedarf wird genutzt, um Mieter aus den Wohnungen zu bekommen und danach lukrativ höher zu vermieten. Dieser Missbrauch der Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt und stärker geahndet werden.

Neuer Sozialpakt zwischen öffentlicher Hand und Immobilieneigentümern

Für bezahlbare Mieten brauchen wir einen neuen Sozialpakt zwischen der öffentlichen Hand und Immobilieneigentümern. Wer im Interesse der Mieterinnen und Mieter baut und nicht nur für den eigenen Profit, soll vom Staat unterstützt werden. Dieser kann private Unternehmen, die sich zu bestimmten solidarischen Kriterien verpflichten, etwa durch Steuervorteile und günstigeres landeseigenes Bauland bevorzugen. Dafür müssen Unternehmen ihren Gewinn beschränken, vorrangig und dauerhaft an besondere Bedarfsgruppen vermieten sowie die verstetigte Mietpreis- und Belegungsbindung und die Mietermitbestimmung wahren. Auf diesem Wege soll ein breites und räumlich verteiltes Angebot von dauerhaft belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen entstehen.



Das sind nur einige Maßnahmen, die die SPD für besseres Wohnen und bezahlbare Mieten vorschlägt.

Der 12-Punkte Plan der SPD

1. Mietenstopp jetzt
2. Längere Bindungsfristen sozialer Wohnungsbau
3. Sozialpakt öffentliche Hand – Immobilienwirtschaft
4. Spekulation verhindern – Baupflichten stärken
5. Immobilienregister
6. Share-Deals beenden
7. Umwandlungsverbote reduzieren
8. Eigenbedarfskündigung präzisieren
9. Bestellerprinzip beim Immobilienkauf für Maklergebühren
10. Soziales Mietrecht für Infrastruktureinrichtungen
11. Pakt für studentisches Wohnen
12. Revitalisierung Ortskerne

Was sich die große Koalition im Koalitionsvertrag vorgenommen und im Wohngipfel verabredet hat.

Hier die wichtigsten Themen:

- "Wohnraumoffensive" zum Neubau von 1,5 Millionen frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen
- 5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bis 2021
- Einführung eines Baukindergeldes
- Änderung Grundgesetz (Sozialer Wohnungsbau, Bildung, Verkehr)
- Günstige Abgabe von Grundstücken der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) für den sozialen Wohnungsbau
- Mitarbeiterwohnungsneubau im öffentlichen und privaten Sektor
- Grundsteuer C als Spekulationsbremse
- Reform der Grundsteuer
- Abschaffung von „Share Deals“, Prüfung einer Ermäßigung bei der Grunderwerbssteuer
- Steuerliche Förderung (Sonder-Afa für Mietwohnungsbau im preiswerten Segment (Baukosten 3.000 €/m² / Wohnfläche 2000 €/m²))
- Optimierung Bauplanungsrecht, Immissionschutzrecht (Klimaschutz)
- Bündelung der Vorschriften der EnEV, des EnergieeinsparG und des EEWärmeG zu einem Gebäudeenergiegesetz
- Verschärfung der Mietpreisbremse
- Senkung der Modernisierungumlage (11 % auf 8 %)
- Begrenzung der Modernisierungumlage 3 €/m² in 6 Jahren
- Verlängerung Referenzzeitraum Mietspiegel von 4 auf 6 Jahre
- Mietspiegel stärken
- Umwandlungsmöglichkeiten von Miet- in Eigentumswohnungen reduzieren
- Förderung kommunaler Wohnungsgenossenschaften
- Novellierung Wohneigentumsrecht
- Bestellerprinzip für Immobilienkäufe bei Maklergebühren oder ähnliche
- Aufbau Flächenmonitoring
- Serielles und modulares Bauen vorantreiben
- Baulandmobilisierung
- Baukostensenkung
- Fortsetzung der Städtebauförderung auf Rekordniveau
- Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen, Brachflächenaktivierung
- Mietpreisdämpfung bei Bestandsmieten
- Erhöhung Wohngeld (2020)
- Erhöhung Wohnungsbauprämie
- Novelle des Baugesetzbuchs
- Fachkräfteoffensive
- Folgekosten von Regulierung und Normung begrenzen

Keine guten Aussichten für Mieter in NRW

Die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt und mögliche Lösungsansätze

Von **Silke Gottschalk**, Geschäftsführerin des Deutschen Mieterbunds NRW

Die Bevölkerung von NRW wächst. So lebten Ende 2017 erstmals seit 2008 wieder mehr als 17,9 Millionen Menschen an Rhein und Ruhr.

Regional verläuft die Bevölkerungsentwicklung uneinheitlich. Ländliche Regionen haben schon seit Jahren einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Die Herausforderung an diesen Standorten ist, die Nahversorgung und die Infrastruktur auch in den kommenden Jahren aufrecht zu erhalten.

Ansonsten bleibt es dabei, dass der Zuzug in die großen Städte weiterhin anhält und auch die Mieten weiter steigen. Attraktiv bleiben die Metropolen der Rhein-Schiene. Aufgrund dieses anhaltenden Trends verzeichnet mittlerweile auch das direkte Umland einen stärkeren Zuzug. Auch große Städte im Ruhrgebiet, vor allem mit Universitätsstandort wie Dortmund, Essen oder Bochum sind



von einer Trendwende auf dem Wohnungsmarkt betroffen.

Insgesamt ist festzustellen, dass durch Zuzug, Binnenwanderung und Bevölkerungsentwicklung nicht nur die bereits zuvor prosperierenden Städte und Regionen wachsen. Auch Städte wie Mönchengladbach, Krefeld, Bielefeld, Paderborn und das Bergische

Städtedreieck weisen mittlerweile deutliche Zuwächse aus.

Angeichts dieser Entwicklung brauchen wir neben bezahlbarem Wohnraum vor allem gesetzliche Vorschriften, die Mieterinnen und Mieter vor explodierenden Mieten und Kündigung schützen. Mit dem „Mietrechtsanpassungsgesetz“ hat die Bundesregierung einen ersten Schritt getan. So konnten der Schutz der Mieter vor überhöhten Mieten durch der Mietpreisbremse bei der Neuvermietung und der Schutz vor dem „Herausmodernisieren“, durch steigende Kaltmieten nach einer Modernisierungsmaßnahme, verbessert werden. Auch wenn wir uns für beide Probleme weiterreichende Lösungen gewünscht hätten, konnte damit ein positives Signal in Sachen „Mieterschutz“ gesetzt werden.

Aber nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Landesre-

gierung und die Kommunen haben ihre Hausaufgaben zu machen. Bereits der Koalitionsvertrag ließ erahnen, dass es für den Mieterschutz in NRW nicht zum Besten bestellt ist. Danach sollen nämlich sämtliche landesrechtliche Regelungen zum Schutz von Mieterinteressen abgeschafft werden. Dies betrifft im Einzelnen die Mietpreisbegrenzungsverordnung, die Kündigungssperrfristverordnung, die Umwandlungsverordnung, die Kappungsgrenzenverordnung und die Zweckentfremdungsverordnung.

Werden diese Pläne tatsächlich umgesetzt, dann werden die gerade erst beschlossenen Verbesserungen auf Bundesebene für Mietpreisbremse und Modernisierungumlage in NRW gar keine Wirkung entfalten, denn beide sind an die entsprechenden landesrechtlichen Verordnungen gekoppelt. In NRW wird es dann weder Mietpreise-

bremse noch reduzierte Modernisierungumlage geben. Angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt ein völlig falsches Signal.

Auch der oft beschworene Neubau ist ohne den entsprechenden Mieterschutz kein Allheilmittel, denn gerade die angesagten Metropolen stoßen bei der Verdichtung häufig schon jetzt an ihre Grenzen.

Wenn es um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geht, sind auch die Kommunen in der Pflicht. Sie können über die kommunalen Wohnungsunternehmen dazu beitragen, dass in erster Linie mehr öffentlich-geförderter Wohnraum geschaffen wird. „Wohnen“ muss auf städtischer Ebene in Zukunft wieder ein Schwerpunktthema sein, um langfristig mit einem standortgerechten Konzept für die ausreichende und bezahlbare Unterbringung der Bevölkerung mit Wohnraum zu sorgen.

Die soziale Frage stellt sich immer neu

Bezahlbares Wohnen und mehr Mieterschutz sind die sozialdemokratischen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

Von **Volkan Baran**, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW

Wohnen ist ein Grundrecht des Menschen. Für uns Sozialdemokraten geht es dabei vor allem um bezahlbares Wohnen für alle Menschen in einem lebenswerten Umfeld. Nordrhein-Westfalen ist ein Mieterland, denn in unseren rd. 4,5 Millionen Mietwohnungen leben 10,1 Millionen Menschen. In den Städten, insbesondere den Hotspots Köln, Bonn, Düsseldorf, Aachen und Münster, herrscht erheblicher Wohnraumangel, der sich durch den verstärkten Zuzug auch aus anderen Bundesländern weiter verschärft. Dadurch wächst auch in kleineren Städten der Wohnraumbedarf. Zugleich besteht erheblicher Neubaubedarf, da zahlreiche Alt- durch Neubauten ersetzt und ungeeignete Wohnanlagen modernisiert werden müssen.

Wohnraumangel führt zu verstärktem Mietpreisanstieg, sodass Wohnraum für weite Kreise der Be-

völkerung zur Mangelware wird. Die Anzahl mietpreisgebundener Wohnungen in NRW sinkt seit langem jährlich um durchschnittlich 3 Prozent. Die so entstehende Gentrifizierung von Quartieren – also Verdrängung ansässiger Bewohner durch wohlhabendere – verändert Städte zu ihrem Nachteil. Denn eine Aufteilung in soziale Brennpunkte und Reichen-Ghettos belastet langfristig den sozialen Frieden. Es ist die hohe Zeit des sozialen Wohnungsbaus, denn wir brauchen in den nächsten Jahren 100.000 neue Wohnungen jährlich.

Schwarz-Gelb hat die Wohnraumsförderung in NRW seit der Regierungsübernahme stark beschädigt: Das Moratorium der Landesbauordnung und die Verunsicherung des Bau- und Wohnungssektors,



falsche Förderschwerpunkte bei der sozialen Wohnraumsförderung und das Hü und Hott bei der finanziellen Ausstattung der Förderprogramme sprechen eine deutliche Sprache. Statt mehr Wohnungsbau zu initiieren, hat die schwarz-gelbe Landesregierung weniger Wohnungsbau zu verantworten.

Sie vertritt also nicht die Interessen der 10 Millionen Mieter in NRW, sondern hat dem landesgesetzlichen Mieterschutz, den wir Sozialdemokraten geschaffen haben, den Kampf angesagt. Wichtige Instrumente der Kommunen zur Bekämpfung der Umwandlung von Wohnraum in teure Eigentumswohnungen, zum Verbot der Umwandlung von Mietwohnungen in gewerbliche Räume, zur Begrenzung des Anstiegs der

Bestands- und der Wiedervermietungsmieten sowie die verlängerte Kündungssperrfrist bei Eigenbedarfskündigung des Vermieters sollen wegfallen. Im Lichte dieser schwarz-gelben Wohnpolitik nützen die hoffnungsvollen Ergebnisse des Wohnungsgipfels wenig, denn die Landesregierung torpediert alle positiven Ansätze der Bundespolitik.

Dieser unsocialen Politik müssen wir sozialdemokratische Konzepte entgegensetzen und solidarisch mit Mieter-, Sozialverbänden und Gewerkschaften unsere Forderungen deutlich machen:

Wir brauchen eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, um beim mietpreisgebundenen Wohnungsbau selbst aktiv werden zu können.

Wir brauchen eine Baulandoffensive, die von den Kommunen ge-

tragen und vom Land gefördert wird. Bauleitplanung und Ausrichtung auf den mietpreisgebundenen Wohnungsbau sind Voraussetzung für eine Trendwende.

Wir brauchen eine Fortentwicklung des landesrechtlichen Mieterschutzes, nicht seine Abschaffung, um die Menschen vor ungerechtfertigten Mietpreiserhöhungen und Spekulanten schützen zu können.

Und wir brauchen eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung. 2022 wird kommen!



Renaissance der kommunalen Wohnungswirtschaft in NRW

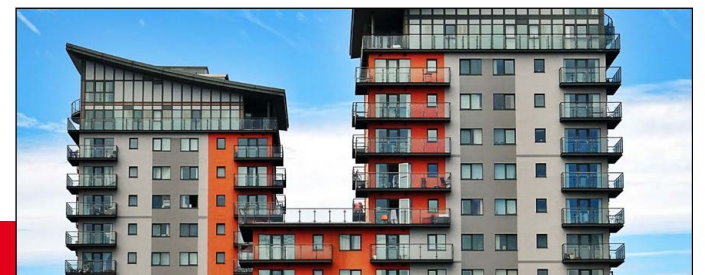
Von **Dr. Marco Boksteen**, Geschäftsführer der kommunalen Hagener Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH

Vor dem Hintergrund steigender Mieten und knappen Wohnraums in urbanen Gebieten, ist das Thema Wohnungspolitik aktuell in aller Munde. Auch in Nordrhein-Westfalen zeigen sich die Auswirkungen der jüngsten Entwicklung am Wohnungsmarkt.

Die Metropolen Düsseldorf und Köln sowie die Studentenstadt Münster sind in NRW Spitzenreiter bei der Mietenentwicklung und weisen derzeit Miethöchststände bei Neubau und Bestandswohnungen vor. Lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen und Wartelisten bei der Vergabe sind zur Tagesordnung geworden. Auch in den Ruhrgebietsstädten zeigt sich mindestens seit 2015 ein kontinuierlicher Aufschwung des Marktes. In Essen, Dortmund, aber auch kleineren Städten wie Bottrop und Witten steigen die Mieten allmählich. In diesem Marktumfeld sind Städte und Gemeinden nur bedingt handlungsfähig, um die Situation für Bürger und Neubürger zufriedenstellend entschärfen

zu können. Die Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum gerade im unteren, sozialverträglichen Preissegment wird oftmals nicht oder nur unzureichend durch die privaten Marktakteure abgedeckt. Kommunale Wohnungsgesellschaften sind vor diesem Hintergrund oftmals der Retter in der Not. Herrschte noch in den 2000er Jahren die Tendenz, kommunale Gesellschaften getreu dem Motto „Privat vor Staat“ zu privatisieren, sind heute im Jahr 2018 diejenigen froh, die der Verlockung der vermeintlich schnellen Monetarisierung widerstanden haben. Kommunale Wohnungsunternehmen haben dabei grundsätzlich zwei wichtige strategische Ausrichtungen. Zum einen sind sie in besonde-

rem Maße auf das Wohl der jeweiligen Kommune bedacht, zum anderen handeln auch sie wettbewerbs- und marktwirtschaftlich orientiert sowie mit Gewinnerzielungsabsicht. Beide Aspekte sind gleichermaßen wichtig, denn nur durch intelligentes Wirtschaften lassen sich Wohnungsbauprojekte nachhaltig realisieren. In der jetzigen angespannten Wohnungsmarktsituation sind kommunale Unternehmen in der Lage, schnell zu reagieren und Grundstücke sinnvoll an den Bedürfnissen der breiten Bevölkerungsschichten zu entwickeln. In vielen Fällen helfen sie auch dabei, flankierende infrastrukturelle Projekte, wie z.B. den Bau von



Kindertagesstätten oder – verstärkt in 2015 – Flüchtlingsunterkünften schnell und zuverlässig bereitzustellen.

Nachdem nunmehr, auch in den früher eher von Schrumpfungsprognosen ausgehenden Regionen in NRW, der kontinuierliche Abbau von Leerstandsreserven stattgefunden hat, wird die Anforderung der nächsten Jahre der Neubau und damit einhergehend die vorausschauende Stadtentwicklung sein. Schlagworte wie Smart City und E-Mobilität fallen in einem Atemzug mit der Forderung nach seniorengerechtem Wohnraum. Die Mannigfaltigkeit der Anforderungen kann durch keine Gesellschaft und keine Kommune in Form eines Patentrezepts gelöst werden. Vielmehr sind individuelle auf den Einzelfall passende Strategien und Handlungspläne

erforderlich. Mehr denn je zeigt sich, dass die erfolgreichen Kommunen sowohl über die richtigen Instrumente als auch über die „richtigen“ Köpfe verfügen. Die Herausforderungen in diesen Zeiten lassen sich nur durch unternehmerischen Mut und Handlungswillen auf Seiten von Politik, Verwaltung und der (kommunalen) Wirtschaft erfolgreich begegnen. Bei entscheidenden Schritten ist Verantwortung und schnelles, zielgerichtetes Agieren gefragt. Dabei können und werden auch Fehler passieren. Allerdings erfordert die derzeitige Situation ein Umdenken: Einen Fehler macht nur derjenige, der nichts oder wenig tut. In diesem Bewusstsein machen sich erste Kommunen auf den Weg und gründen kommunale Wohnungsgesellschaften oder stattdessen diese mit mehr Kompetenzen aus.

Bezahlbares Wohnen ist soziale Frage des Jahrzehnts

NRWSPD rückt die Herausforderung Wohnen in den Mittelpunkt

Von **Sebastian Hartmann**, Vorsitzender der NRWSPD

Die Frage des „bezahlbaren Wohnens für alle“ ist die soziale Frage des Jahrzehnts und eine Bewährungsprobe für die Sozialdemokratie. Eine kurzfristige Lösung erscheint kaum möglich, zu lang wurden die Fragen der langfristigen Investitionen und des neu zu schaffenden Wohnraums nicht angepackt. Dennoch müssen jetzt erst recht Fragen neu und anders beantwortet werden und vor allem: Die Weichen langfristig richtig gestellt werden.



Denn Grundstücke und Immobilien sind auch in Nordrhein-Westfalen längst zu einem Spekulationsobjekt geworden. Die Preise und die Mieten steigen in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Zeitraum von 2013 bis 2017 sind die Mieten in Nordrhein-Westfalen um 20 Prozent angestiegen, während die Reallohnzuwächse im selben Zeitraum nur um 11,9 Prozent gestiegen sind. Damit nicht genug: Bis 2040 werden in Nordrhein-Westfalen, wie die Schwarz-Gelbe Landesregierung auf eine kleine Anfrage antwortet, rund 42 Prozent der preisgebundenen Wohnungen aus der Bindung fallen, bis 2025 schon 27 Prozent der preisgebundenen Wohnungen. Waren es 1997 mehr als 900.000 Wohnungen, werden es 2025 nur noch um die 300.000 Wohnungen sein.

Diese Aufzählung ließe sich ohne Weiteres fortführen. Doch lasst uns kurz innehalten und klarmachen, was das für die Menschen bedeutet. Denn es geht hier um nichts anderes als zerstörte Lebensentwürfe und geplatzte Träume. Das Versprechen, dass der, der hart arbeitet, sich irgendwann eine kleine Wohnung oder gar ein Eigenheim leisten kann, gilt nicht mehr. Mehr noch: Wohnen ist die Soziale Frage unserer Zeit. Viele Menschen der viel beschworenen „arbei-

tenden Mitte“ können sich Düsseldorf, Köln, Bonn oder Münster schlichtweg nicht mehr leisten. Und in Deutschland wohnt der weit überwiegende Teil der Menschen (57,5 Prozent in NRW) zur Miete.

Mehr noch: Viele verlieren ihr Zuhause und ihr soziales Umfeld oder müssen ins weitere Umland ziehen. Schlichtweg, weil sie bei der nächsten Mieterhöhung einfach nicht mehr mithalten können. Die Kölner Verkehrsbetriebe haben aktuell Probleme, Busfahrer zu finden. Warum? Weil diese sich mit ihrem Gehalt die Stadt Köln einfach nicht leisten können. In bezahlbaren Wohnungen sind Familien bei Massenbesichtigungen schnell auf Platz 150 der War-



teliste und bekommen am Ende doch nicht die Wohnung.

Wenn wir glauben, dass das nur die prosperierenden Großstäd-



te betrifft, dann irren wir uns gewaltig. In meinem Wahlkreis im Rhein-Sieg-Kreis begegne ich dem Problem tagtäglich. Die ältere Dame in meinem Wahlkreisbüro, für die die alte Wohnung zu groß geworden ist und die keine bezahlbare und barrierefreie Wohnung findet, ist nur ein Beispiel. Und diese Probleme verschärfen sich Monat für Monat mit den Bürgerinnen und Bürgern, die umziehen und dann auf die kalte Realität auf dem Wohnungsmarkt und skru-

pellose Vermieter in Form anonymen Großkonzerne treffen.

Die Frage des bezahlbaren Wohnens ist eine tickende Zeitbom-

be. Während sich vorausschauende Politik zu Recht auf die Fragen einer guten und gerechten Gesundheitspolitik für alle, die Garantie und Stärkung der gesetzlichen Rente nicht nur bis 2025 zuwendet, droht im Alter auch die dritte, offene Fragestellung: Bezahlbare Mieten oder selbstgenutztes Eigentum als Versicherung gegen Armut? Und jegliche Rentenerhöhung wird dann durch die kommende Mieterhöhung wieder mehrfach aufgeessen, wo die Pflege und die Gesundheitskosten dies sowieso schon taten.

Und was macht diese schwarz-gelbe Landesregierung? Sie tritt den Mieterschutz mit Füßen und verschärft die Situationen damit zusätzlich. Wenn bis 2021 gleich vier Mieterschutzverordnungen

len und Beton anzumischen. Keine Wohnung zu haben, ist vor allem ein geplatzter Lebenstraum. Dem Kind kein eigenes Kinderzimmer zu bieten oder mit Partnerin und Partner nicht zusammenziehen zu können, ist für viele bittere Realität. Es ist daher eine zentrale Frage des selbstbestimmten Lebens und der Verwirklichung der Wünsche vieler Menschen. Für uns Sozialdemokraten bleibt die beste Mietpreisbremse daher der konsequente Bau von Wohnungen. Dass Krankenkasse, Verkäuferinnen oder Busfahrer aus den Städten gedrängt werden, damit werden wir uns niemals abfinden! Neben gesetzlichen Eingriffen, um die Exzesse im Wohnungsmarkt einzudämmen, gibt es daher nur eine erfolgsversprechende Lösung: Wir müssen massiv in den Sozialen Wohnungsbau investieren und Bauen, Bauen, Bauen. Damit auch Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen dort leben können, wo sie wollen.

Viele Kommunen in NRW wollen handeln, weil sie die Probleme sehen und gründen vor Ort eigene kommunale Wohnungsbau-Gesellschaften, auch weil die schwarz-gelbe Landesregierung sie im Stich lässt. Hier müssen wir ansetzen. Das Land Nordrhein-Westfalen braucht wieder eine eigene Landeswohnungsbau-Gesellschaft, um gemeinsam mit den Kommunen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – wir brauchen ein Jahrzehnt des Bauens. Und dabei brauchen die Kommunen, gerade die kleineren Städte und Gemeinden, die Unterstützung des Landes. Wir als NRWSPD haben uns auf den Weg gemacht und im September eine Wohnungspolitische Kommission gegründet. Von der Bodenpolitik, über die landeseigene Wohnungsbau-Gesellschaft bis hin zu den fehlenden Planungskapazitäten – gemeinsam mit der Partei und externen Expertinnen und Experten werden wir das Thema so bearbeiten und Lösungen präsentieren, die organisatorisch und finanziell umsetzbar sind. Sie werden am Ende dabei helfen, bezahlbaren Wohnraum und damit ein Zuhause für Alle zu schaffen. Das ist unsere Verpflichtung als Sozialdemokratie. Also packen wir es gemeinsam an.

Es geht hier aber nicht nur darum, Steine aufeinander zu stel-

Baranowski: Endlich gibt es ein Regierungskonzept für Dieselfahrzeuge

Einzelne Punkte müssen kritisch hinterfragt werden

In einer ersten Reaktion begrüßt Oberbürgermeister und SGK-Vorsitzender Frank Baranowski, dass endlich ein Regierungskonzept für Dieselfahrzeuge vorliegt. Aus Sicht der Kommunen müssten zu einzelnen Punkten aber auch kritische Nachfragen gestellt werden. So sollen die „Verkehrsüberwachungsbehörden auf die Daten des Zentralen Fahrzeugregisters zugreifen können, um fahrzeugindividuell die Einhaltung der Verkehrsbeschränkungen überprüfen zu können.“ Eine besondere Kennzeichnung (blaue Plakette) sei damit nicht erforderlich. Dies ist aus Sicht von Frank Baranowski nicht durchführbar, nicht praktikabel und zu zeitaufwendig. Zudem werde hier erneut die Verantwortung auf die Kommunen abgeschoben.

Nach einer ersten Einschätzung kritisiert der Oberbürgermeister grundsätzlich, dass – bis auf Ausnahmen – die Maßnahmen nur für die 14 Städte mit der höchsten Belastung gelten sollen. Das

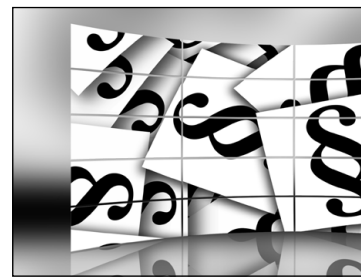


Ballungszentrum Ruhrgebiet mit einer einheitlichen Umweltzone bleibe außen vor, obwohl auch im Ruhrgebiet gerichtlich verfügte Fahrverbote nicht ausgeschlossen werden können und die Gesundheitsgefährdung durch Stickoxide bestehen bleibt. Die von der Bundesregierung gemachten Vorschläge zur Nachrüstung oder Umtausch von Diesel-Pkw könnten sich aus Sicht des Gel-

senkirchener Oberbürgermeisters als „Bürokratiemonster“ entpuppen.

Die geplante Hardware-Nachrüstung bei schweren Kommunalfahrzeugen wie etwa Müllwagen oder Straßenreinigungsfahrzeugen ist ein guter Ansatz. Die Abwicklung der Fördergelder müsse allerdings wesentlich schneller erfolgen. So sind ein Jahr nach dem Dieselpiegel mit den Kommunen im Kanzleramt die Förderanträge weiter nicht beschieden.

Schwarz-Gelb schwächt Kreistage



Erst Ende 2016 wurde das Gesetz zur Stärkung des Kreistages mit Mehrheit von SPD, Grünen und der heute regierenden CDU beschlossen. Diese Änderungen sollten zur Wahlperiode 2020 wirksam werden. Jetzt liegt dem Landtag ein Gesetzentwurf zur vollständigen Rücknahme dieses Gesetzes vor. Eine vollständige Rolle rückwärts der CDU.

Auch das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung soll in wesentlichen Teilen wieder geändert werden.

Betroffen davon ist die erst kürzlich eingeführte Regelung zur Entschädigung von Ausschussvorsitzenden. Hier dürfen Kommunen zukünftig über sieben (!) verschie-

dene Möglichkeiten zur Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende befinden. Bei allen unterschiedlichen Positionen zur zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende besteht Einigkeit, dass eine weitere Flexibilisierung die Diskussionen

in den Kommunen wieder anheizen wird. Den Wunsch nach einer einheitlichen Regelung hat die Landesregierung überhört und präsentiert nun eine flexible Regelung, die Probleme schafft, statt sie zu lösen.

Weitere Änderungen betreffen die Anhebung der Mindestgröße der Fraktionen und eine „unverzögliche“ Beschlussfassung des Rates bzw. Kreistages über die Zulässigkeit von Bürgerbegehren. Was dies genau für die Kommunen bedeutet, wird noch zu klären sein, im Zweifel durch Gerichte.

Ein durchaus gezielter Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung!

Kommunalwahl 2020

Wahrscheinlicher Wahltermin im Herbst: September 2020



Das Landeskabinett hat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Die wichtigsten Änderungen betreffen den möglichen Wahltermin für die Kommunalwahl 2020. Vorgesehen ist, dass dieser auch noch im September 2020 stattfinden kann. Nach wie

vor ist auch die Abschaffung der Stichwahl für Bürgermeister und Landräte nicht vom Tisch.

Des Weiteren wird der Stichtag zur Verkleinerung der Räte und Kreistage auf den 31. Juli 2019 festgesetzt. Dies entspräche den üblichen 15 Monaten zum Ablauf der Wahlperiode.

Eine weitere Änderung betrifft die Wahlvorstände. Vorgesehen ist nach dem Kabinettsentwurf ein Gesichtsverhüllungsverbot für Wahlvorstände in den Wahllokalen. Dies soll eine offene und vertrauensvolle Kommunikation sicherstellen und möglichen

Zweifeln an der unparteiischen Amtsausübung entgegenwirken.

Mit dem Kabinettsentwurf wird ebenfalls die 2,5 Prozent-Sperrklausel für die Kommunalwahlen weitestgehend abgeschafft. Lediglich für die Wahl zu den Bezirksvertretungen soll diese noch bestehen bleiben. Neu sind auch die Regelungen für die erstmalige Direktwahl der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr.

Damit die geplanten Regelungen gültig werden, muss der Gesetzesentwurf noch durch den Landtag beschlossen werden.



SGK-Buchtipps

DAS NEUE DORF

GESTALTEN, UM ZU ÜBERLEBEN – VIER HANDLUNGSFELDER ZUM ERHALT DÖRFLICHER GEMEINDEN



Von Professor Clemens Renker, Springer Gabler Verlag, 2018, 165 Seiten, DIN A5, ISBN: 978-3-658-21445-6, 19,99 Euro

In seinem Buch zeigt der Autor die Möglichkeiten auf, die ein Dorf heutzutage haben kann. Man müsse nur „die neuen Chancen“ erkennen, um Dörfer wieder genauso lebenswert wie früher zu machen. Prof. Clemens Renker gibt eine Anleitung dazu, indem er Fragen nach dem

Existenzrecht, „Smart Villages“, den Vorteilen eines Dorflebens, der Finanzierung und dem Zusammenleben in einem Dorf stellt. Dieses Buch ist besonders für Bürgerinnen und Bürger von Dörfern geeignet, die „anpacken“ wollen, um die Zukunft ihres Dorfes zu sichern.



IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:
Sozialdemokratische
Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in NRW e.V.
(SGK NRW)
Elisabethstraße 16,
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0,
Fax: 0211-876747-27,

info@diekommunale.de,
www.diekommunale.de
Facebook: facebook.com/SGKNRW

Verantwortlich (auch für Anzeigen):
Bernhard Daldrup,
Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

unter 30 Kommunalpolitik ist jung!

Das Forum Junge Kommunalpolitik bereitet unter dem Titel **Fit, Jung, Kreativ** die Qualifizierungsphase für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie Interessierte zur Kommunalwahl 2020

vor. Hier stellen wir Euch aktive junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unter 30 vor. Ihr kennt jemanden, der hier auch vorgestellt werden sollte? Dann meldet Euch bei uns unter info@sgk-nrw.de.



Julian Koch

Ratsmitglied in Fröndenberg

Was hat Dich dazu gebracht, in die Kommunalpolitik „einzusteigen“?

Durch meine Arbeit bei den Jusos bin ich zur Kommunalpolitik gekommen. Wir setzen uns für den Erhalt unserer Schwimmbäder, den Ausbau der Bus- und Bahnverbindungen sowie für ein bezahlbares ÖPNV-Ticket für Jugendliche ein. Alle diese wichtigen Entscheidungen traf der Stadtrat und weil dort keine jungen Menschen vertreten waren, wollte ich mich kommunalpolitisch mehr einbringen.

Wie bringst Du Dich innerhalb Deiner Fraktion in die Arbeit ein, und wie setzt Du Dich gegen die „alten Hasen“ durch?

Die „alten Hasen“ haben natürlich einen kritischeren Blick auf die Arbeit von uns „jungen Hüpfen“. In meiner Fraktionsarbeit bereite ich mich inhaltlich auf alle Themen (z.B. Innenstadtentwicklung, Jugendförderung, Präventionskette für Familien) gut vor, um mich fundiert in die Diskussion einzubringen. Nur so können wir Jüngeren für unsere Ideen werben und die erfahrenen Ratsmitglieder mit guten Argumenten für unsere Projekte begeistern.

Was müsste sich aus Deiner Sicht ändern/verbessern, damit die aktive Kommunalpolitik attraktiver für junge Menschen wird?

Hierfür sind meiner Meinung nach drei Punkte wichtig: Die Sitzungen erfolgen oft parallel zur Schule, Uni oder dem Beruf, darum sollte sich kommunalpolitische Arbeit an die neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen anpassen und beispielsweise Sitzungstermine abends stattfinden. Dazu brauchen wir mehr politische Bildung in Jugendeinrichtungen und Schulen, die die Relevanz von Kommunalpolitik im Alltag deutlich macht. Und die SPD muss jungen Menschen mehr Chancen auf eine Ratskandidatur einräumen, weil sich viele Jusos bereits jetzt sehr für ihre Stadt engagieren und die Kommunalpolitik von jungen Ratsmitgliedern nur profitieren kann.

Die politischen Schwerpunkte von Julian sind Bildung, Soziales und Kommunalfinanzen. Er ist seit 2014 im Rat der Stadt Fröndenberg und seit 2007 Mitglied der SPD.



Christina Pattke

Ratsmitglied in Bergkamen

Was hat Dich dazu gebracht, in die Kommunalpolitik „einzusteigen“?

Ich wollte mich in meiner Stadt mehr einsetzen und etwas bewegen. Über die Arbeit bei den Jusos und im Ortsverein bin ich in die Kommunalpolitik eingestiegen.

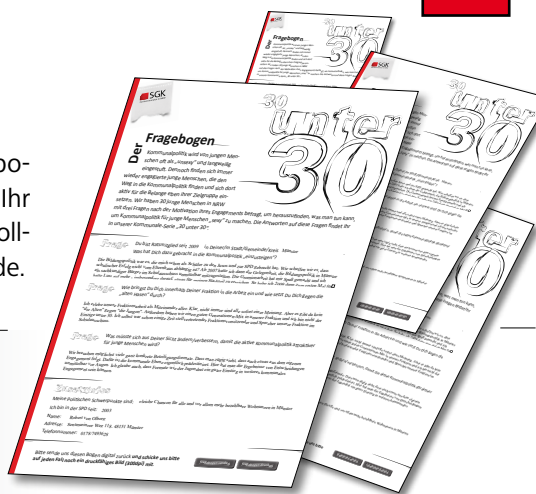
Wie bringst Du Dich innerhalb Deiner Fraktion in die Arbeit ein, und wie setzt Du Dich gegen die „alten Hasen“ durch?

Ich vertrete unsere Fraktion in verschiedenen Ausschüssen, u. a. Schule, Sport und Weiterbildung; Kulturausschuss; Familie, Soziales, Gesundheit und Senioren. Die genannten Ausschüsse bieten mir eine Themenvielfalt, um an Entscheidungen in unserer Stadt mitwirken zu können. Die „alten Hasen“ haben die neuen Mitglieder akzeptiert und man ist nach kurzer Zeit zu einem „WIR“ geworden.

Was müsste sich aus Deiner Sicht ändern/verbessern, damit die aktive Kommunalpolitik attraktiver für junge Menschen wird?

Die jungen Menschen, die Interesse an der Parteilarbeit zeigen, müssten von den „alten Hasen“ noch besser unterstützt werden und noch stärker in die Mandats-/Ortsvereinsarbeit einbezogen werden.

Christinas politische Schwerpunkte sind Schule, Sport und Weiterbildung. Sie ist seit 2014 Ratsmitglied im Rat der Stadt Bergkamen und seit 2007 in der SPD.



Kommunalkolleg 2020

Weiterbildungsangebote für Kommunalos und die, die es noch werden wollen.



Das „Kommunalkolleg 2020“ ist eine Bündelung der Seminarangebote der SGK NRW, des Willi-Eichler-Bildungswerkes, des Heinz-Kühn-Bildungswerkes, des Bildungswerkes Stenden und der Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Auf der neuen Internetplattform www.Kommunalkolleg.de werden zukünftig neben den Terminseminaren auch Seminarbausteine und ein Referent*innenpool aller beteiligten Akteure angeboten.

Später folgen Hinweise und rechtliche Rahmenbedingungen zur Kommunalwahl und Best-Practice-Angebote für Projekte und Initiativen.



Europas
größtes Fest
für Menschen
mit und ohne
Behinderung

LVR.
INKLUSION
erleben.



Fotos: Heike Fischer/LVR, Nola Bunke/LVR

TAG DER BEGEGNUNG

SAVE THE DATE 25. MAI 2019



Wo:
**Rheinpark
Köln**

Eintritt frei!



www.inklusion-erleben.lvr.de
www.facebook.com/tagderbegegnung

LVR 
Qualität für Menschen